



**EU-Haushalt 2011** Finanzbericht  
**EU budget 2011** Financial Report  
**Budget de l'UE 2011** Rapport financier



Zusammenfassung und elektronische Version  
Executive summary and electronic version  
Résumé et version électronique



**EU-Haushalt 2011** Finanzbericht  
Zusammenfassung und elektronische Version

**EU budget 2011** Financial Report  
Executive summary and electronic version

**Budget de l'UE 2011** Rapport financier  
Résumé et version électronique

**Europe Direct is a service to help you find answers  
to your questions about the European Union**

Freephone number (\*):  
00 800 6 7 8 9 10 11

(\*) Certain mobile telephone operators do not allow access to 00 800 numbers or these calls may be billed.

Photo credits:

ccvision.de, pages 13, 14, 29, 30, 45, 46  
European Union, pages 7, 11, 16, 23, 27, 32, 39, 43, 48  
Image Source, page 44  
iStockphoto.com/AntiMartina, page 10, 26, 42  
John Foxx/Getty Images, page 28  
Jupiterimages, pages 19, 35, 51  
Tom Grill/Corbis, page 12  
Veer Incorporated, pages 15, 31, 47

More information on the European Union is available on the Internet (<http://europa.eu>).

Cataloguing data can be found at the end of this publication.

Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2012

ISBN 978-92-79-25440-6

doi:10.2761/18376

© European Union, 2012

Reproduction is authorised provided the source is acknowledged.

*Printed in Luxembourg*

PRINTED ON WHITE CHLORINE-FREE PAPER



# Inhalt

## Contents

## Sommaire

### ■ Deutsche Fassung

---

<b>Vorwort</b> .....	<b>7</b>
<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>9</b>
Abschnitt I — Überblick.....	10
Abschnitt II — Einnahmen.....	13
Abschnitt III — Ausgaben.....	15
Abschnitt IV — Anhänge.....	19

### ■ English version

---

<b>Foreword</b> .....	<b>23</b>
<b>Executive summary</b> .....	<b>25</b>
Section I — Overview.....	26
Section II — Revenue.....	29
Section III — Expenditure.....	31
Section IV — Annexes.....	35

### ■ Version française

---

<b>Avant-propos</b> .....	<b>39</b>
<b>Résumé</b> .....	<b>41</b>
Section I — Vue d'ensemble.....	42
Section II — Recettes.....	45
Section III — Dépenses.....	47
Section IV — Annexes.....	51



# EU-Haushalt 2011

## Finanzbericht

Zusammenfassung



# Vorwort



Im Jahr 2011 hat die Wirtschafts- und Finanzkrise die Haushalte der Mitgliedstaaten enorm belastet und damit die Haushaltsverhandlungen auf europäischer Ebene noch mehr erschwert als 2010. Trotz dieser schwierigen Bedingungen lassen sich zwei positive Entwicklungen feststellen: die erhebliche Beschleunigung der Durchführung der Unionsprogramme, was zeigt, dass die in den vergangenen Jahren aus dem EU-Haushalt bereitgestellten Mittel für Investitionen verwendet werden, und die Widerstandsfähigkeit der „Marke“ Europa gegen Marktstörungen. In Finanzkreisen gelten EU-Finanzierungen als äußerst sicher, und der Privatsektor ist daher sehr viel eher geneigt, sich Investitionsvorhaben anzuschließen, wenn diese aus dem EU-Haushalt mitfinanziert werden. Ein Euro, den

die EU in ein Projekt investiert, generiert bis zu zehn Euro aus dem privaten Sektor.

Um einige der wirtschaftlich am stärksten angeschlagenen EU-Länder wieder auf Kurs zu bringen, hat die EU beschlossen, den Finanzierungsbeitrag der EU für die Strukturfonds auf Antrag eines der betroffenen Mitgliedstaaten (Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien, Lettland, Ungarn) auf maximal 95 % zu erhöhen. Damit eröffnen sich neue Perspektiven für Programme, die wegen fehlender nationaler Mittel nicht finanziert werden konnten. Dies bietet die Möglichkeit, für die im Jahr 2011 am stärksten krisengeschüttelten Länder bis zu 3 Mrd. EUR zusätzlich bereitzustellen.

Hinsichtlich der Ausführung haben sich die Erwartungen der Kommission im Jahr 2011 bestätigt: Insbesondere für Maßnahmen zur Ankurbelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsmöglichkeiten sind hohe Ausführungsraten zu verzeichnen. Bei vielen Programmen wurden sämtliche Ressourcen ausgeschöpft, und in manchen Fällen mussten die ursprünglich veranschlagten Mittel sogar aufgestockt werden. Dies trifft besonders für die Forschung und den Bereich Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu, aber auch für das Programm Lebenslanges Lernen. Diese Maßnahmen stehen im Mittelpunkt der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Gegen Ende des Jahres 2011 gingen bei der Kommission außergewöhnlich viele Zahlungsanträge der Mitgliedstaaten für deren frühere Investitionen ein, die vor allem die Strukturfonds betrafen. In vielen Fällen konnten die Zahlungen an die Mitgliedstaaten aber nicht geleistet werden, da die im EU-Haushalt 2011 verbleibenden Mittel für entsprechende Zahlungen nicht ausreichten. Die „Rechnungen an Brüssel“ konnten also erst in den ersten Monaten des nächsten Haushaltsjahrs beglichen werden. Diese Situation könnte sich im Haushaltsjahr 2012 wiederholen, weil der Umfang der im Haushaltsplan 2012 vereinbarten Mittel für Zahlungen weit unter dem Niveau liegt, das die Kommission für erforderlich hält, und weil davon auszugehen ist, dass sich die Programmdurchführung in den letzten Jahren der Geltungsdauer des Finanzrahmens weiter beschleunigt. Die wachsende Kluft zwischen dem Finanzrahmen, den gebundenen Programmmitteln und den Beträgen, die pro Jahr ausbezahlt werden können, be-



reitet mir Sorge, und ich kann nicht genug betonen, wie wichtig es für die Wirtschaft ist, dass die Kommission ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Empfängern von EU-Mitteln – den Regionen, Städten, Unternehmen und Wissenschaftlern Europas – rechtzeitig nachkommt.

Das Jahr 2011 war für die Kommission ferner das Jahr, in dem sie ihre Vorschläge für einen ehrgeizigen aber realistischen mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014-2020 vorgelegt hat. Sie hat vorgeschlagen, die Ausgaben der EU auf dem Niveau von 2013 einzufrieren und die europäischen Finanzen völlig neu auszurichten, und zwar auf die Schwerpunkte Wachstum und Beschäftigung. Sie sieht vor, die Investitionen in die Infrastruktur nahezu zu verdreifachen und die Mittel für die Bereiche Forschung, Innovation und Bildung erheblich aufzustocken. Die derzeit schwierigen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen dürfen nicht die Voraussetzungen untergraben, die für die wirtschaftliche Erholung erforderlich sind. Der neue Finanzrahmen soll keine zusätzlichen Kosten für den europäischen Steuerzahler verursachen, und er soll einfacher, transparenter und fairer sein.

Ich freue mich, den Finanzbericht 2011 vorzulegen, in dem beschrieben ist, wie der jährliche Haushaltszyklus verwaltet wird, in dem detaillierte Informationen über die Finanzierungsquellen der EU enthalten sind und ein grober Überblick über die Ausgaben der EU (stets aufgegliedert nach Rubriken des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens) gegeben wird. Ich hoffe, dass Sie diesem Bericht, der die Finanzlage der Union auf transparente Weise darlegen soll, interessante Informationen entnehmen können und dass sich die neue interaktive Präsentation der elektronischen Version für Sie als hilfreich erweist.

Janusz Lewandowski

Für Finanzplanung und Haushalt zuständiges  
Mitglied der Kommission

# Zusammenfassung

Dieser Bericht ist in vier Abschnitte untergliedert: Überblick, Einnahmen, Ausgaben und Anhänge.

Abschnitt I enthält einen Überblick über die EU-Finzen im Jahr 2011 sowie eine Einführung zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), in der seine Rolle und Struktur und die spezifischen Aktivitäten im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens erläutert werden. Abschließend wird in diesem Abschnitt kurz beschrieben, wie der EU-Haushalt verwaltet wird.

Informationen über die Haushaltseinnahmen und die Eigenmittel des EU-Haushalts finden sich in Abschnitt II. Darüber hinaus werden verschiedene Besonderheiten – etwa die Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs, andere Einnahmen und Zuwendungen – erläutert.

In Abschnitt III, dem Hauptteil dieses Berichts, wird die nach Rubriken (Kategorien) gemäß dem geltenden MFR aufgeschlüsselte Ausgabenseite des EU-Haushalts thematisiert. Der Abschnitt informiert über die wichtigsten Programme und die Aufteilung der Ausgaben nach Mitgliedstaaten. Darüber hinaus wird die zur Aufteilung der Ausgaben verwendete Methodik erläutert.

Abschnitt IV besteht aus sechs Anhängen, in denen detaillierte Informationen mit Zahlen und Schaubildern zum letzten und zum derzeit geltenden MFR (2000-2006 bzw. 2007-2013) bereitgestellt werden. In den Anhängen sind außerdem die Ausgaben und Einnahmen für den Zeitraum 2000-2013 nach Rubrik, Einnahmenart und Mitgliedstaat aufgeschlüsselt. Anhang 3 enthält eine Beschreibung der Methode und der Berechnung der operativen Haushaltssalden. In Anhang 4 werden Einziehungen und Finanzkorrekturen behandelt, und Anhang 5 fasst die Anleihe- und Darlehenstätigkeiten zusammen. Der letzte Anhang enthält ein Glossar, in dem die wichtigsten im Bericht verwendeten Begriffe in einfacher Sprache erklärt werden.



## Abschnitt I — Überblick

### Finanzrahmen

Der Haushalt für 2011 war der fünfte Haushalt, der im Rahmen des gegenwärtigen MFR ausgeführt wurde. Der MFR ist in Rubriken aufgeteilt, von denen einige wiederum in Teilrubriken untergliedert werden. Die Rubriken weisen jährliche Höchstbeträge (sog. Obergrenzen) für Mittel für Verpflichtungen aus; dies sind Mittel, bis zu deren Höhe rechtliche Verpflichtungen eingegangen werden können, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Aus der Summe der Obergrenzen der Rubriken ergibt sich die globale Obergrenze der Mittel für Verpflichtungen. Dann wird die jährliche Obergrenze der Mittel für Zahlungen (Mittel für Auszahlungen oder Überweisungen an Empfänger) durch eine entsprechende Schätzung ermittelt. Die globalen jährlichen Obergrenzen werden in Millionen EUR und in Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU (EU-BNE) angegeben. Die globale jährliche Obergrenze der Mittel für Zahlungen in Prozent des EU-BNE wird mit der Referenzobergrenze der Eigenmittel (1,23 % des EU-BNE) verglichen.

Müssen die Obergrenzen angepasst werden, z. B. um Ausgaben zu finanzieren, die zum Zeitpunkt der Annahme des MFR unvorhersehbar waren, so ist eine Änderung des Rahmens erforderlich. Die letzte Änderung des geltenden Finanzrahmens wurde am 13. Dezember 2011 angenommen und war auf den zusätzlichen Finanzbedarf für das Projekt International Thermonuclear Experimental Reactor (ITER) zurückzuführen.

Als der Haushaltsentwurf für 2011 vorgelegt wurde, lag die im MFR festgelegte Obergrenze für Mittel für Verpflichtungen bei 143 Mrd. EUR, was 1,14 % des EU-BNE entspricht. Die Obergrenze für die Mittel für Zahlungen entsprach mit 134,3 Mrd. EUR 1,07 % des BNE.

## Das Haushaltsverfahren

Die Europäische Kommission erstellt den Haushaltsentwurf auf der Grundlage des geltenden mehrjährigen Finanzrahmens und der Haushaltsleitlinien für das nächste Jahr. In der Regel ändern die beiden Teile der Haushaltsbehörde – das Europäische Parlament und der Rat – den Haushaltsentwurf und nehmen nach weiteren Verhandlungen den jährlichen EU-Haushalt vor Ende des laufenden Kalenderjahres an.

Im Haushaltsentwurf 2011, der am 27. April 2010 vorgelegt wurde, schlug die Kommission Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 142,6 Mrd. EUR vor und forderte eine Erhöhung der Mittel für Zahlungen gegenüber dem Haushalt 2010 um 5,9 % auf insgesamt 129,1 Mrd. EUR. Am 12. August 2010 legte der Rat die Höhe der Mittel für Verpflichtungen auf 141,8 Mrd. EUR fest und verringerte den Betrag der Mittel für Zahlungen auf 126,5 Mrd. EUR. Am 20. Oktober 2010 forderte das Parlament eine Erhöhung gegenüber dem Haushalt 2010 um 6 % und schlug Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 143,1 Mrd. EUR vor. Die Höhe der Mittel für Zahlungen setzte es auf 130,6 Mrd. EUR fest. Im Vermittlungsausschuss konnte keine Einigung erzielt werden, und die Kommission musste einen neuen Haushaltsentwurf vorlegen, der der im Vermittlungsausschuss erzielten Annäherung Rechnung trug.

Der von der Kommission am 26. November 2010 vorgelegte neue Haushaltsentwurf fand am 10. Dezember 2010 die Zustimmung des Rates und wurde am 15. Dezember vom Parlament angenommen. Der für 2011 angenommene EU-Haushalt umfasste Mittel für Verpflichtungen von 141,9 Mrd. EUR und Mittel für Zahlungen von 126,6 Mrd. EUR, was der vom Rat im August 2010 geforderten Höhe entsprach.

## Haushaltsführung

Der EU-Haushaltsplan ist ab der Annahme des jährlichen Haushalts in der Regel Änderungen unterworfen, da sich die ursprünglich eingesetzten Beträge für Verpflichtungen und Zahlungen für ein bestimmtes Haushaltsjahr im Verlauf des Jahres ändern können. Für die Annahme von Berichtigungshaushaltsplänen gelten dem Haushaltsverfahren





ähnliche Verfahren. Die im Folgenden erläuterten Faktoren beeinflussen die Höhe des jährlichen Haushalts im Laufe des Finanzjahres.

Überträge sind Beträge aus dem Haushalt des Vorjahres, die nicht verwendet wurden und daher auf das laufende Haushaltsjahr übertragen werden. Die Kommission hat am 11. Februar 2011 den Übertragungsbeschluss gefasst. Berichtigungshaushaltspläne stellen eine genauere und wirtschaftlichere Finanzierung des Haushalts durch die Mitgliedstaaten sicher. 2011 wurden insgesamt sieben Berichtigungshaushalte angenommen. Im Laufe des Jahres werden außerdem Mittelübertragungen von einer Haushaltslinie auf eine andere vorgenommen.

Folglich ist der endgültige Haushalt das Ergebnis, das am Ende des Haushaltsjahres nach einer aktiven Haushaltsführung erzielt wird, einschließlich aller Maßnahmen, die sich auf den Gesamthaushaltsplan der Kommission auswirken (Überträge, Berichtigungshaushalte und Mittelübertragungen) und die im Verlauf des Haushaltsjahres vorgeschlagen und verabschiedet wurden. Aus dem endgültigen Haushalt für 2011 in Höhe von insgesamt 128,3 Mrd. EUR wurden 126,5 Mrd. EUR verwendet.

Die Kommission unterhält Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten, bei Zentralbanken und bei Geschäftsbanken. Da die EU-Mittel fast ausschließlich aus Eigenmitteln bestehen, werden diese zweimal im Monat auf den bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten oder den Zentralbanken eröffneten Konten gutgeschrieben. Die Mittel werden nach dem Just-In-Time-Prinzip zur Finanzierung von Zahlungen über bei Geschäftsbanken eingerichteten Konten verwendet. Im Jahr 2011 wurden 0,73 % von insgesamt 1 859 782 Zahlungen durch Haushaltsverwaltungen und Zentralbanken ausgeführt, was 68,84 % des Gesamtbetrags der Zahlungen entspricht. Die verbleibenden 99,27 % der Zahlungen erfolgten über Geschäftsbanken (31,16 % des Gesamtbetrags der Zahlungen).





## Abschnitt II — Einnahmen

Der EU-Haushalt wird aus Eigenmitteln, sonstigen Einnahmen und der aus dem Vorjahr übertragenen Bilanz finanziert. Der Haushalt muss in Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben ausgeglichen sein. Da jedoch die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben gewöhnlich von den Haushaltsansätzen abweichen, ergibt sich nach Ausführung des Haushaltsplans am Ende des Haushaltsjahrs ein Saldo. In der Regel verbleibt ein Überschuss, der bewirkt, dass die Mitgliedstaaten im darauf folgenden Jahr weniger Eigenmittel abführen müssen. Im Jahr 2011 beliefen sich die Eigenmittel auf 120 Mrd. EUR und die sonstigen Einnahmen auf 5,5 Mrd. EUR. Der Überschuss aus dem Jahr 2010 betrug 4,5 Mrd. EUR.

Der Gesamtbetrag an Eigenmitteln bestimmt sich nach dem Gesamtbetrag der Ausgaben, abzüglich sonstiger Einnahmen. Die Eigenmittel werden in die folgenden Kategorien unterteilt: traditionelle Eigenmittel (TEM), MwSt.-Eigenmittel und die BNE-Eigenmittel, die eine ergänzende Einnahme darstellen.

Zölle (TEM) werden bei den Wirtschaftsteilnehmern erhoben und von den Mitgliedstaaten zugunsten der EU eingezogen. Im Jahr 2011 entfielen auf diese Eigenmittelquelle 13 % der Gesamteinnahmen. Die Einnahmen aus der von den Zuckererzeugern zu entrichtenden Produktionsabgabe (TEM) beliefen sich im Jahr 2011 auf 0,1 % der Gesamteinnahmen.

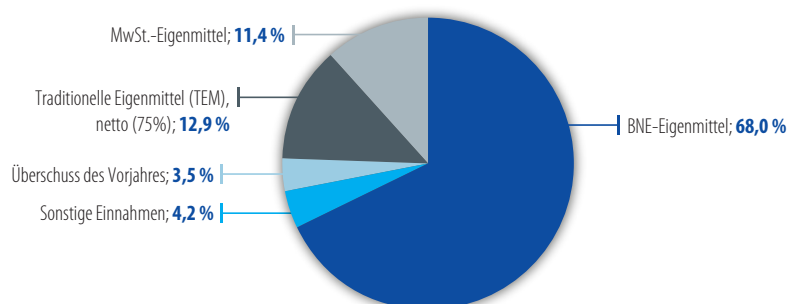
Die MwSt.-Eigenmittel werden auf die zu diesem Zweck harmonisierten MwSt.-Bemessungsgrundlagen der Mitgliedstaaten erhoben. Allerdings ist die MwSt.-Grundlage eines jeden Mitgliedstaats auf höchstens 50 % seines BNE begrenzt. Im Jahr 2011 belief sich der Gesamtbetrag der erhobenen MwSt.-Eigenmittel auf 11 % der Gesamteinnahmen.

Die BNE-Eigenmittel finanzieren den Teil des Haushalts, der nicht durch die anderen Einnahmen gedeckt wird. Bei der Erhebung der BNE-Eigenmittel wird für jeden Mitgliedstaat ein einheitlicher Satz angewendet, wobei der BNE-Beitrag von zwei Mitgliedstaaten jedoch reduziert wird. Als Grundlage für die Berechnung des erforderlichen BNE-Betrags wird die Differenz zwischen den Gesamtausgaben und dem Gesamtbetrag aller übrigen Einnahmen herangezogen. Im Jahr 2011 entsprach der Gesamtbetrag der BNE-Eigenmittel 68 % der Gesamteinnahmen.

Auch ein spezifischer Mechanismus zur Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (VK-Ausgleich) ist Teil des Eigenmittelsystems. Dieser soll das Ungleichgewicht zwischen dem Anteil der vom Vereinigten Königreich geleisteten Zahlungen und den für das VK bestimmten Ausgaben des EU-Haushalts korrigieren. Der im Jahr 2011 gezahlte VK-Ausgleich beläuft sich auf insgesamt 3,6 Mrd. EUR.

Zu den Einnahmen, die keine Eigenmittel darstellen, gehören Steuern von den Gehältern der EU-Bediensteten und verschiedene andere Positionen. 2011 beliefen sich diese Einnahmen auf 5,5 Mrd. EUR.

### Einnahmen der EU 2011







Im Jahr 2011 wurden den Mitgliedstaaten 117 336,9 Mio. EUR (d. h. 90,7 % der insgesamt getätigten EU-Ausgaben einschließlich der EFTA-Beiträge und der zweckbestimmten Einnahmen) zugewiesen.

## Wettbewerbsfähigkeit im Dienste von Wachstum und Beschäftigung

Die im Jahr 2011 unter dieser Rubrik zugewiesenen Mittel in Höhe von 11,5 Mrd. EUR trugen maßgeblich dazu bei, in der EU eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft zu schaffen und so für ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie starken sozialen Zusammenhalt zu sorgen. Auf diese Weise wurden die Hauptziele der Strategie Europa 2020 unterstützt, die auf eine Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen abstellen, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und mehr Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen.

Mit dem Siebten Forschungsrahmenprogramm (RP7) wurden zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen 6,6 Mrd. EUR für europäische Teams mit Vertretern aus Forschung und Wirtschaft bereitgestellt. Im Rahmen der „Transeuropäischen Netze“ (TEN) trugen 836 Mio. EUR dazu bei, den Personen- und Güterverkehr sowie den Transport von Energie sicherer, effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten. Im Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation wurden 462 Mio. EUR zur Stärkung der Innovationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen insbesondere im Bereich der IKT-Dienste und ökologischen Lösungen zur Verfügung gestellt.

## Kohäsion im Dienste von Wachstum und Beschäftigung

Die unter dieser Rubrik im Jahr 2011 bereitgestellten 42,4 Mrd. EUR deckten die Mittel für die Strukturfonds, d. h. den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF), sowie für den Kohäsionsfonds (KF) ab. Die Kohäsionspolitik zielte weiterhin auf die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union ab, um eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Sie dient der Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsstand der ver-



schiedenen Regionen in den Mitgliedstaaten. Die verfügbaren Ressourcen konzentrieren sich auf die Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz, insbesondere auf nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.

Etwa 32,3 Mrd. EUR wurden für Investitionen zur Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen in den am wenigsten entwickelten Regionen und Gebieten Europas bereitgestellt. Dadurch konnten in der EU sichtbare Fortschritte bei der Vollendung eines weiteren Teils der geplanten 25 000 km Straßen und 7 700 km Schienenwege erzielt werden, die neu gebaut oder instand gesetzt werden müssen und bis 2013 für mehr als 500 000 Arbeitsplätze sorgen sollen. Damit die Arbeitskräfte in Europa sich einem sich wandelnden wirtschaftlichen Umfeld anpassen können, wurden im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Schulungen zum Erwerb neuer Fertigkeiten und Orientierungshilfe bei der Arbeitssuche mit 9,5 Mrd. EUR gefördert.

## Nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen

2011 wurden unter dieser Rubrik EU-Mittel in Höhe von 56 Mrd. EUR für Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raums, Fischerei und Umwelt ausgegeben. Die intelligente und nachhaltige Nutzung von Wäldern und Ackerland ist maßgeblich für den Fortbestand der ländlichen Wirtschaft und die Unversehrtheit der Landschaften.

Rund 42,5 Mrd. EUR wurden bereitgestellt, um die schwierige finanzielle Situation von 7 Millionen Landwirten zu stabilisieren, die hohe Umweltstandards erfüllen müssen und so zum Erhalt der guten Boden-, Wasser- und Luftqualität in Europa beitragen. Weitere 12,3 Mrd. EUR flossen in die wirtschaftliche Diversifizierung ländlicher Gebiete, in denen 50 % der Gesamtbevölkerung der EU leben. Aus dem Europäischen Fischereifonds wurden 446 Mio. EUR bereitgestellt, um die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Fischereisektors und gleichzeitig ein angemessenes Preisniveau für die Verbraucher zu gewährleisten. Im Rahmen des Programms LIFE+ wurden rund 203 Mio. EUR für die Abfallwirtschaft sowie zur Bekämpfung von Luftverschmutzung und Artensterben zur Verfügung gestellt.

## Freiheit, Sicherheit und Recht

Der Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger ist ein zentrales Ziel der Europäischen Union, für das 2011 Mittel in Höhe von 829 Mio. EUR zur Verfügung gestellt wurden. Vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Verflechtung beim Thema Sicherheit umfassen die Zuständigkeiten in diesem Bereich den Grenzschutz an den Außengrenzen der Union, die Entwicklung eines gemeinsamen Asylraums, die Zusammenarbeit von Strafverfolgungs- und Justizbehörden bei der Prävention und Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus, die Achtung der Grundrechte und einen globalen Ansatz bei der Drogenbekämpfung.

Die wirksame Steuerung der Migrationsströme ist für alle EU-Mitgliedstaaten eine Herausforderung. Die EU stellte deshalb 406 Mio. EUR für verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und zur Entwicklung von Programmen für die Integration qualifizierter Zuwanderer bereit. Zur Verbesserung der Sicherheit und der Lebensqualität der EU-Bürger flossen 40 Mio. EUR aus dem Programm „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ in die Bekämpfung aller Arten von Verbrechen und Terrorismus sowie in die Entwicklung effizienter EU-Krisenmanagementsysteme, mit denen der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden verbessert werden.

## Unionsbürgerschaft

Der Beitrag des EU-Haushalts im Jahre 2011 in Höhe von 899 Mio. EUR trug zu zahlreichen Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 bei, darunter „Jugend in Bewegung“, „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“, „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“ und „Innovationsunion“. Auch wurden Themen abgedeckt, die für die Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung sind, u. a. Gesundheit, Verbraucherschutz und Katastrophenschutz. Die zentrale Aufgabe, Bürger Nähe herzustellen und den europäischen Gedanken zu verbreiten, wurde mit Hilfe von Kulturprogrammen und im Rahmen des Politikbereichs „Kommunikation“ finanziert.

Damit Europa ein dynamischer Kulturraum wird, wurden im Rahmen der Programme „MEDIA“ und „Kultur“ insgesamt rund 150 Mio. EUR zur Unterstützung der europäischen Filmindustrie, zur Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit von Künstlern sowie zur Förderung der europäischen Kulturhauptstädte bereitgestellt.

## Die EU als globaler Partner

Rund 6,9 Mrd. EUR wurden 2011 aus dem EU-Haushalt für Aktivitäten der EU in Drittländern ausgegeben. Die übergeordneten außenpolitischen Ziele der EU sind Stabilität, Sicherheit und Wohlstand benachbarter Länder. Dank ihrer proaktiv ausgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik konnte die EU innerhalb und außerhalb Europas Krisenmanagement leisten und friedenserhaltende Operationen durchführen.

Im Rahmen des Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI) wurden 2 Mrd. EUR zur Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung in 47 Entwicklungsländern in Lateinamerika, Asien und Zentralasien, der Golfregion und Südafrika bereitgestellt. Die an die EU angrenzenden Länder in Osteuropa, im Südkaukasus und im südlichen Mittelmeerraum erhielten 1,4 Mrd. EUR über das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), das der Förderung von verantwortungsvoller Regierungsführung sowie einer wirtschaftlichen und sozial ausgewogenen Entwicklung dient. Im Rahmen des Instruments für die Heranführungshilfe (IPA) wurden 1,3 Mrd. EUR als Unterstützung für EU-Kandidatenländer (Kroatien, Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) und potenzielle Kandidatenländer bei der Angleichung an die Standards und die Politik der EU zur Verfügung gestellt.

## Verwaltung

Rund 7,9 Mrd. EUR (knapp 6 % des EU-Haushalts) wurden im Jahr 2011 in dieser Rubrik ausgegeben, um ein reibungsloses Funktionieren aller EU-Organe im Dienste von etwa 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten. Dies umfasste beispielsweise Dienstbezüge und Pensionen, Gebäude und Infrastruktur, Informationstechnologie und Sicherheit.

Die Kommission arbeitet nach wie vor an der Optimierung ihrer Instrumente und Verfahren. Sie finanziert den gesamten Personalbedarf weiterhin aus gleichbleibenden Mitteln, da sie ihre Politik beibehält, keine neuen Stellen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund erforderte die Umsetzung der Agenda und Ziele der EU mehr Personalumschichtungen als je zuvor.



## Abschnitt IV — Anhänge

Anhang 1 — Finanzrahmen 2000-2006 und 2007-2013

Anhang 2 — Einnahmen und Ausgaben 2000-2013 nach Rubriken, Quelle, Mitgliedstaat

Anhang 3 — Operative Haushaltssalden

Anhang 4 — Rückforderungen und Finanzkorrekturen

Anhang 5 — Anleihe- und Darlehenstätigkeit

Anhang 6 — Glossar



# EU budget 2011 Financial Report

Executive summary





# Foreword



In 2011 the economic and financial crises put an enormous strain on Member States' finances, and this made budgetary negotiations at European level even more difficult than in 2010. Despite these harsh conditions, two positive developments can be noted: the substantial acceleration of execution of Union programmes, which shows that commitments made out of the European Union budget in previous years are turned into investments and the resilience of the European 'label' against market disturbances. In financial circles, European funding is considered extremely safe and the private sector is thus far more likely to embark on investment projects when they are backed by the EU budget.

One euro invested in an EU-funded project generates up to EUR 10 of private sector co-investment.

In order to help some of the EU's most troubled economies back on track, the EU has decided to increase the EU co-financing contribution to Structural Funds to a maximum of 95 % if requested by any of the Member States concerned (Greece, Ireland, Portugal, Romania, Latvia and Hungary). New perspectives have thus been opened for programmes that had not been executed for lack of national funding. An additional opportunity of making up to EUR 3 billion available opened for the countries most hit by the crises in 2011.

In terms of execution, 2011 confirmed the Commission's expectations and brought high implementation rates especially for policies that boost economic growth and employment opportunities. In many programmes, all resources were completely used, and sometimes the budgeted payments were even exceeded and needed reinforcement. This was particularly the case for research, competitiveness and innovation, as well as for the 'Lifelong learning' programme. These actions are at the core of the Europe 2020 strategy for smart, sustainable and inclusive growth.

At the end of the year 2011, the Commission received exceptionally high requests for payments from Member States for their earlier investments, mainly under Structural Funds. However, many of these claims could not be paid out to the Member States under the 2011 EU budget due to a lack of adequate payment appropriations. As a consequence, these invoices sent to Brussels were left to be met in the early months of the following year. Such situation risks repeating itself under the 2012 budget as the level of payments agreed in the 2012 budget is far below the level that the Commission considers necessary, and because execution of programmes during the last years of the current financial framework is expected to accelerate further. I am concerned by the growing gap between what has been agreed in the financial framework, then committed through programmes, and what can be paid annually, and can only stress how important it is for the economy that the Commission meets in time its financial obligations towards beneficiaries of EU funds, such as Europe's regions and towns, businesses and scientists.



The year 2011 was also marked by the presentation by the Commission of its proposals for an ambitious, but realistic, multiannual financial framework for the period 2014–20. While proposing a stabilisation of EU expenditure in volume at the level of the 2013 ceiling, the Commission has proposed important reorientation of European finances in order to focus on growth and jobs-oriented expenditure. The plan is to almost treble the investments in infrastructure, and to allow for major increases in research, innovation and education. The current adverse economic conditions should not jeopardise the very conditions which will lead to economic recovery. This was planned at no additional costs to the European taxpayers and in a simpler, more transparent and fairer way.

I have great pleasure in presenting this Financial Report 2011, which describes how the yearly budgetary cycle is managed, provides detailed information on the sources of EU financing and gives a basic overview of EU expenditure traditionally grouped under the headings of the current multiannual financial framework. I hope you will find interesting information in this report, which aims at providing transparency on Union financial matters, and that you will appreciate the new interactive way of presentation offered through its e-version.

Janusz Lewandowski

Commissioner for Financial Programming and Budget

# Executive summary

This report contains four sections: overview, revenue, expenditure and annexes.

Section I presents an overview of EU finances in 2011. It introduces the multiannual financial framework (MFF), including its role and structure and the specific activities that take place under the annual budgetary procedure. The section ends with a short description of the way the EU budget is managed.

Section II provides information on the budget revenue and describes the EU budget's own resources. It also explains a number of particularities such as the UK correction, other revenue and donations.

Section III represents the main part of the report, covering the expenditure part of the EU budget grouped by heading (category) according to the current MFF. The text includes information on the main programmes as well as on the expenditure allocations by Member State. This section also familiarises the reader with the expenditure methodology.

Section IV consists of six annexes which provide detailed information, with figures and charts on the past MFF (2000–06) and on the current one (2007–13). The annexes also show the expenditure and revenue by heading, source type and Member State, for the period 2000–13, as well as the methodology and calculation of the operating budgetary balances in Annex 3. Recoveries and financial corrections are detailed in Annex 4, while Annex 5 summarises the borrowing and lending activities. The last annex is a glossary with the main terminology of the report explained in plain language.



## Section I — Overview

### Financial framework

The 2011 annual budget was the fifth annual budget executed under the current MFF. This multiannual plan is divided into headings (some of them broken down into sub-headings) with annual limits (ceilings) for commitment appropriations (legal pledges to provide finance, provided that certain conditions are fulfilled) for each heading or sub-heading. The sum of the ceilings of all headings gives the total ceiling of commitment appropriations. A corresponding estimate is then established for the annual ceiling of payment appropriations (cash or bank transfers to the beneficiaries). Total annual ceilings are expressed in millions of euro and in percentage of the gross national income of the EU (EU GNI). The total annual ceiling of payment appropriations in percentage of EU GNI is compared to the reference own resource ceiling (1.23 % of EU GNI).

If it is necessary to change the ceilings, for instance to finance expenses unforeseen at the time of adoption of the MFF, the framework needs to be revised. The latest revision of this financial framework, which addressed additional financing needs of the International Thermonuclear Experimental Reactor (ITER) project, was adopted on 13 December 2011.

At the time of presentation of the draft budget for 2011 the overall ceiling set by the multiannual financial framework for commitment appropriations was EUR 143 billion, representing 1.14 % of EU GNI. The ceiling for payment appropriations was EUR 134.3 billion, or 1.07 % of GNI.

## The budgetary procedure

Based on the multiannual financial framework in force and the budget guidelines for the coming year, the European Commission prepares the draft budget. The budgetary authority, comprised of the European Parliament and the Council, usually amends the draft budget and following further negotiations adopts the annual EU budget prior to the end of the current calendar year.

In the draft EU budget for 2011 presented on 27 April 2010, the Commission proposed EUR 142.6 billion in commitment appropriations and called for a 5.9 % increase in payment appropriations compared to the 2010 budget totalling EUR 129.1 billion. On 12 August 2010, the Council set commitment appropriations at EUR 141.8 billion and reduced payment appropriations to EUR 126.5 billion. On 20 October 2010, Parliament called for a 6 % increase compared to the 2010 budget and proposed commitment appropriations of EUR 143.1 billion. The level of payments was set at EUR 130.6 billion. The Conciliation Committee did not reach an agreement and the Commission had to present a new draft budget to reflect the near-compromise reached in the conciliation.

The new draft budget presented by the Commission on 26 November 2010 was accepted by the Council on 10 December and adopted by Parliament on 15 December. The EU budget adopted for 2011 set the commitment appropriations at EUR 141.9 billion and payment appropriations at the level requested by the Council in August 2010, i.e. EUR 126.5 billion.

## Budget management

The lifecycle of the EU budget, from approval of the annual budget onwards, means that the figures for the commitment appropriations and payment appropriations available for a given financial year tend to vary over the course of the year. Procedures similar to the budgetary one apply to the adoption of amending budgets. The following factors influence the amounts of the annual budget over the financial year.





Carryovers represent amounts from the previous year's budget that have not been used and are carried over to the current financial year. The carryover decision was taken by the Commission on 11 February 2011. Amending budgets ensure more precise and economical financing of the budget by the Member States. In 2011, a total of seven amending budgets were adopted. Moves of appropriations from one budget line to another are also made via transfers during the year.

As a result, the final budget represents the outcome, at the end of the financial year, of active budget management including all measures that have an effect on the total Commission budget — carryovers, amending budgets and transfers — which have been proposed and adopted during the financial year. Of the final budget for 2011 totalling EUR 128.3 billion, EUR 126.5 billion has been used.

The Commission has accounts with Member State treasuries, central banks and commercial banks. As the source of EU finances is almost entirely own resources, these are credited twice a month to the accounts opened with Member State treasuries or central banks. The funds are used to fund payments through commercial bank accounts on the 'just in time' principle. In 2011, 0.73 % out of a total of 1 859 782 payments made were executed through treasuries and central banks, representing 68.84 % of the total amount of payments. The remaining 99.27 % payments were made through commercial banks (representing 31.16 % of the total amount of payments).





## Section II — Revenue

The EU budget is financed by own resources, other revenue and the balance carried over from the previous year. Total revenue must equal total expenditure. However, since outturns of revenue and expenditure usually differ from the budgeted estimates, there is a balance of the exercise resulting from the implementation. Normally, there is a surplus, which reduces Member States' own resources payments in the subsequent year. In 2011, own resources amounted to EUR 120 billion and other revenue to EUR 5.5 billion. The surplus carried over from 2010 amounted to EUR 4.5 billion.

The overall amount of own resources is determined by total expenditure less other revenue. Own resources are divided into the following categories: traditional own resources (TOR); the VAT own resource; and the GNI own resource, which plays the role of residual resource.

Customs duties (TOR) are levied on economic operators and collected by Member States on behalf of the EU. In 2011, this resource corresponded to 13 % of total revenue. A production charge is paid by sugar producers (TOR). Revenue from this resource amounted to 0.1 % of total revenue in 2011.

The VAT own resource is levied on Member States' VAT bases, which are harmonised for this purpose. However, the VAT base to take into account is capped at 50 % of each Member State's GNI. In 2011, the total amount of the VAT own resource levied reached 11 % of total revenue.

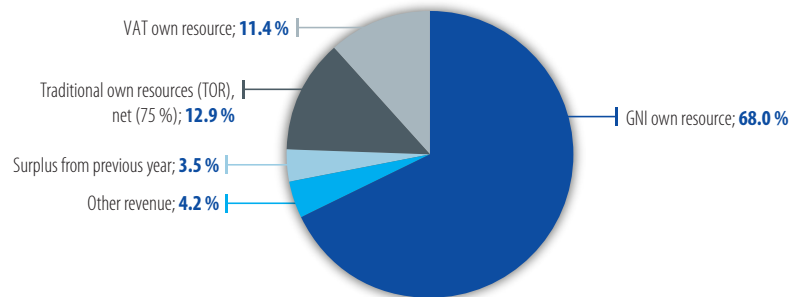
The GNI own resource finances the part of the budget not covered by other revenue. The same percentage is levied on each Member State's GNI, with two Member States receiving reductions. The amount of the GNI own resource needed depends on the difference between total expenditure and the sum of all other revenue. In 2011, the total amount of the GNI resource levied reached 68 % of total revenue.

A specific mechanism for correcting budgetary imbalances in favour of the United Kingdom (UK correction) is also part of the own resources system. It is to correct the imbalance between the United Kingdom's share in payments and expenditure of the EU budget. The total amount of the UK correction paid in 2011 amounted to EUR 3.6 billion.



Revenue other than own resources includes taxes from EU staff remunerations and other diverse items. In 2011, this revenue amounted to EUR 5.5 billion.

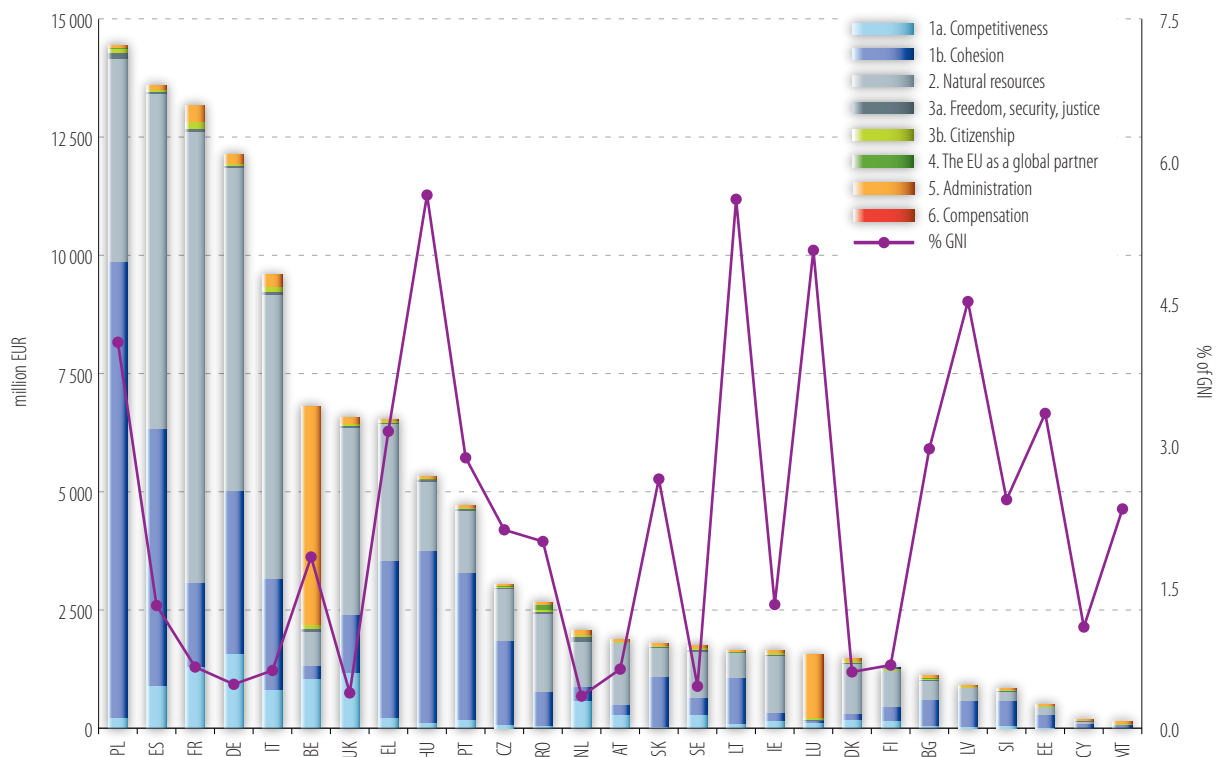
## EU revenue 2011



## Section III — Expenditure

As in the MFF, the annual EU budget expenditure is presented in the financial report for 2011 according to headings or subheadings. Data are also structured according to the allocation of expenditure by each Member State. Both presentations are based on authorised appropriations implemented in 2011, with some exceptions. In total, 94 % of the EU budget is funding policies and projects in Member States. The chart below provides an overview of how each country benefited from the budget and gives the relative importance compared with each Member State's gross national income (GNI) for a better understanding of the figures.

### Expenditure by Member State





In 2011, EUR 117 336.9 million (i.e. 90.7 % of the total implemented EU expenditure including EFTA contributions and earmarked revenue) was allocated to Member States.

## Competitiveness for growth and employment

The EUR 11.5 billion allocated in 2011 under this heading was at the heart of the drive to turn the EU into a smart, sustainable and inclusive economy delivering high levels of employment, productivity and social cohesion. It supported the main goals of the Europe 2020 strategy to increase the competitiveness of European businesses in order to face the present challenges and create more jobs and prosperity.

The seventh framework programme for research (FP7) provided EUR 6.6 billion to pan-European teams of researchers and enterprises tackling major societal challenges. Some EUR 836 million contributed within the 'Trans-European networks' (TEN) programme aimed to render the transport of persons, goods and energy safer, more efficient and less polluting. The 'Competitiveness and innovation' framework programme (CIP) dedicated over EUR 462 million to strengthen the innovative capacity of small and medium-sized enterprises, particularly in the field of ICT-based services and ecological solutions.

## Cohesion for growth and employment

Under this heading, EUR 42.4 billion in 2011 covered the Structural Funds, i.e. the European Regional Development Fund (ERDF) and the European Social Fund (ESF), as well as the Cohesion Fund (CF). Cohesion policy continued to aim at strengthening the economic and social cohesion of the Union in order to promote balanced and sustainable development. It is designed to reduce disparities between the levels of development of the various regions in the Member States. The resources available are concentrated on promoting economic convergence, in particular on sustainable growth, competitiveness and employment.



Some EUR 32.3 billion was provided for investments to modernise and diversify economic structures across Europe's least-developed regions and territories. Thanks to this the EU made visible progress in completing another part of the planned 25 000 km of roads and 7 700 km of railways to be built from scratch or reconstructed and over 500 000 jobs to be created by 2013. To adapt Europe's workforce for a changing economic environment, training in new skills and guidance on how to get a job were funded by the European Social Fund, with EUR 9.5 billion.

## Preservation and management of natural resources

The EU's agriculture, rural development, fisheries and environment were financed under this heading, with an expenditure of EUR 56 billion in 2011. Smart and sustainable use of arable lands and forests plays a key role in determining the health of rural economies as well as the rural landscape.

Some EUR 42.5 billion helped to stabilise the difficult financial situation of 7 million farmers, who had to meet high environmental standards, contributing to preserving a good quality of Europe's soil, water and air. Another EUR 12.3 billion was invested in the economic diversification of rural areas, home to 50 % of the EU's population. The European Fisheries Fund made available EUR 446 million to ensure the competitiveness of Europe's fishing sector, while maintaining reasonable prices for consumers. Some EUR 203 million was used for projects under the LIFE+ programme, coping with waste management, air pollution and the loss of biodiversity.

## Freedom, security and justice

The protection of life, freedom and property of citizens are core objectives of the European Union for which EUR 829 million was made available in 2011. In a context of ever stronger security interdependence, responsibilities in this area include the management of the Union's external borders, the development of a common asylum area, cooperation between law enforcement agencies and judicial authorities to prevent and fight terrorism and crime, respect for fundamental rights and a global approach to drug issues.

The effective management of migration flows is a challenge common to all EU Member States. That is why the EU provided EUR 406 million to reinforce measures against illegal immigration and developing programmes to integrate skilled migrants. To increase the security and well-being of citizens, the 'Security and safeguarding liberties' programme provided EUR 40 million to fight all forms of crime and terrorism and develop effective EU crisis management systems to exchange information and increase cooperation over law enforcement.

## Citizenship

The EU budget contribution of EUR 899 million in 2011 included contributions to numerous Europe 2020 strategy flagship initiatives including 'Youth on the move', 'An agenda for new skills and jobs', 'European platform against poverty' and 'Innovative Union'. Issues of particular concern to citizens, including health, consumer protection and civil protection, were covered. The crucial task of reaching out and communicating Europe was funded through cultural programmes and the policy area of 'Communication'.

To make Europe a culturally vibrant place, the 'MEDIA' and 'Culture' programmes contributed a total of around EUR 150 million, supporting the European film industry and promoting cross-border cooperation among artists and the European Capitals of Culture.

## The EU as a global player

Some EUR 6.9 billion was spent from the EU budget in 2011 on the EU's activities beyond its borders. Its paramount objectives in foreign policy are stability, security and neighbourhood prosperity. The EU's more proactive foreign and security policy enabled it to carry out crisis management and peacekeeping missions in Europe and far beyond.

The Development Cooperation Instrument (DCI) made available EUR 2 billion to address the basic needs of the people in 47 developing countries in Latin America, Asia and central Asia, the Gulf region and South Africa. Countries in eastern Europe, the south Caucasus and the southern Mediterranean bordering the EU received a total of EUR 1.4 billion from the European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI), which promoted good governance and an equitable social and economic development process. The Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA) provided EUR 1.3 billion to support EU candidate countries (Croatia, Turkey and the former Yugoslav Republic of Macedonia) and potential candidate countries in their efforts to come closer to European standards and policies.

## Administration

Some EUR 7.9 billion (just 6 % of the EU budget) was spent in 2011 to ensure the smooth operation of all EU institutions at the service of its approximately 500 million citizens. This covered, for example, staff salaries and pensions, buildings and infrastructure, information technology and security.

The Commission remained committed to optimising its tools and procedures. It continued to meet all staffing needs from constant resources as it maintained its policy of 'zero post increases' over staffing. In this context, delivering on the EU agenda and ambitions required more redeployments than ever.



## Section IV — Annexes

Annex 1 — Financial frameworks 2000–06 and 2007–13

Annex 2 — Expenditure and revenue 2000–13 by heading, type of source, Member State

Annex 3 — Operating budgetary balances

Annex 4 — Recoveries and financial corrections

Annex 5 — Borrowing and lending activities

Annex 6 — Glossary



# Budget de l'UE 2011

## Rapport financier

Résumé



# Avant-propos



En 2011, les finances des États membres ont été soumises à des pressions considérables sous l'effet des crises économique et financière, ce qui a rendu les négociations budgétaires au niveau européen plus ardues encore qu'en 2010. En dépit de ces conditions difficiles, deux avancées positives sont à signaler: d'une part, la forte accélération de l'exécution des programmes de l'Union, qui montre que les engagements effectués les années précédentes grâce au budget de l'Union européenne se traduisent par des investissements, et, d'autre part, la solidité du «label» européen face aux perturbations que connaissent les marchés. En effet, les financements européens étant considérés comme extrêmement sûrs par les milieux financiers, le secteur privé est

nettement plus enclin à s'engager dans des projets d'investissement qui sont soutenus par le budget de l'Union. Un euro investi dans un projet financé par l'UE génère jusqu'à dix euros de co-investissement privé.

Afin de contribuer à la relance de certaines des économies de l'UE les plus affectées par la crise, l'Union a décidé de porter à 95 % son taux maximal de cofinancement en faveur des Fonds structurels si l'un des États membres concernés (Grèce, Irlande, Portugal, Roumanie, Lettonie et Hongrie) en fait la demande, ce qui ouvre de nouvelles perspectives pour les programmes qui n'avaient pas été mis en œuvre faute de financements nationaux. Une possibilité supplémentaire de mettre à disposition jusqu'à 3 milliards d'euros a ainsi été offerte aux pays les plus touchés par la crise en 2011.

En termes d'exécution, l'année 2011 a répondu aux attentes de la Commission, en enregistrant des taux élevés notamment pour les politiques visant à stimuler la croissance économique et les perspectives d'emploi. Dans de nombreux programmes, les ressources ont été intégralement consommées et, dans certains cas, les paiements ont même été supérieurs aux montants budgétisés, ce qui a nécessité des renforcements, en particulier pour la recherche, la compétitivité et l'innovation, ainsi que pour le programme pour l'éducation et la formation tout au long de la vie. Ces actions sont au cœur de la stratégie Europe 2020 pour une croissance intelligente, durable et inclusive.

À la fin de l'année 2011, la Commission a reçu des États membres un nombre exceptionnellement élevé de demandes de paiement liées aux investissements que ceux-ci avaient réalisés dans le passé, essentiellement au titre des Fonds structurels. Cependant, dans de nombreux cas, ces demandes de paiement n'ont pas pu être honorées en 2011, car cette année-là, le budget de l'Union manquait de crédits de paiement, de sorte que le règlement de ces factures envoyées à Bruxelles a été reporté aux premiers mois de l'année suivante. Cette situation risque de se répéter dans le cadre du budget 2012, étant donné que le niveau des paiements convenu dans le budget 2012 est nettement en deçà du volume jugé nécessaire par la Commission et que l'exécution des programmes devrait encore s'accélérer dans les dernières années de l'actuel cadre financier. Je suis préoccupé par l'écart grandissant entre les montants convenus dans



le cadre financier et engagés ensuite à travers des programmes et la capacité de paiement dont dispose chaque année la Commission. À cet égard, je ne peux que souligner combien il est important pour l'économie que la Commission respecte en temps voulu ses obligations financières envers les bénéficiaires de fonds de l'Union, comme les régions, les municipalités, les entreprises et les scientifiques d'Europe.

Par ailleurs, au cours de l'année 2011, la Commission a présenté ses propositions en faveur d'un cadre financier pluriannuel ambitieux mais réaliste pour la période 2014-2020. Tout en proposant de maintenir le volume des dépenses de l'UE au niveau du plafond fixé pour 2013, la Commission a proposé une forte réorientation des finances européennes, afin de concentrer les dépenses sur la croissance et l'emploi. Elle projette ainsi de quasiment tripler les investissements dans les infrastructures et d'accorder des hausses substantielles à la recherche, à l'innovation et à l'éducation. Les conditions économiques actuellement défavorables ne doivent pas mettre en péril les conditions mêmes de la reprise économique. Ce nouveau cadre financier ne devrait pas occasionner de coûts supplémentaires pour les contribuables européens et sa mise en œuvre devrait être plus simple, plus transparente et plus équitable.

C'est pour moi un grand honneur de présenter ce rapport financier 2011, qui décrit le mode de gestion du cycle budgétaire annuel, fournit des informations détaillées sur les sources de financement de l'UE et donne un aperçu des dépenses de l'UE qui relèvent traditionnellement des rubriques du cadre financier pluriannuel en vigueur. J'espère que vous trouverez des informations qui vous intéressent dans ce rapport, dont le but est de favoriser la transparence dans le domaine des finances de l'Union, et que vous apprécierez la nouvelle forme interactive de présentation qu'offre sa version électronique.

Janusz Lewandowski

Membre de la Commission européenne,  
chargé de la programmation financière et du budget

# Résumé

Le présent rapport comporte quatre sections: vue d'ensemble, recettes, dépenses et annexes.

La section I présente une vue d'ensemble des finances de l'Union européenne (UE) en 2011. Elle expose le cadre financier pluriannuel (CFP), notamment son rôle et sa structure ainsi que les activités spécifiques mises en œuvre dans le cadre de la procédure budgétaire annuelle. Cette section se termine par une brève description de la gestion du budget de l'UE.

La section II donne des informations sur les recettes budgétaires et décrit les ressources propres du budget de l'UE. Elle explique également plusieurs particularités, telles que la correction britannique, les autres recettes et les libéralités.

La section III, qui constitue la partie principale du rapport, couvre le volet des dépenses du budget de l'UE ventilées par rubrique (catégorie) conformément à l'actuel CFP. Elle comporte des informations sur les principaux programmes ainsi que sur la répartition des dépenses par État membre. Cette section permet également au lecteur de se familiariser avec la méthodologie des dépenses.

La section IV se compose de six annexes, qui fournissent des informations détaillées, complétées de données chiffrées et de graphiques, sur les CFP précédent (2000-2006) et actuel (2007-2013). Ces annexes présentent également les dépenses et les recettes par rubrique, type de source et État membre pour la période 2000-2013, ainsi que la méthodologie et le calcul des soldes budgétaires opérationnels (annexe 3). Les recouvrements et les corrections financières sont détaillés à l'annexe 4, tandis que l'annexe 5 résume les activités d'emprunt et de prêt. La dernière annexe consiste en un glossaire expliquant les principaux termes du rapport dans un langage clair.



## Section I — Vue d'ensemble

### Cadre financier

Le budget annuel de 2011 était le cinquième budget annuel exécuté en vertu de l'actuel CFP. Ce cadre pluriannuel est divisé en rubriques (certaines étant divisées en sous-rubriques) prévoyant des limites annuelles (appelées «plafonds») pour les crédits d'engagement (engagements juridiques à fournir des moyens financiers, pour autant que certaines conditions soient remplies) pour chaque rubrique ou sous-rubrique. La somme des plafonds de toutes les rubriques donne le plafond total des crédits d'engagement. Une estimation correspondante est ensuite établie pour le plafond annuel des crédits de paiement (transfert d'espèces ou virements bancaires aux bénéficiaires). Les plafonds annuels totaux sont exprimés en millions d'euros et en pourcentage du revenu national brut de l'UE (RNB de l'UE). Le plafond annuel total des crédits de paiement en pourcentage du RNB de l'UE est comparé au plafond de référence des ressources propres (1,23 % du RNB de l'UE).

S'il est nécessaire de modifier les plafonds, par exemple pour financer des dépenses imprévues au moment de l'adoption du CFP, le cadre doit être révisé. La dernière révision de ce cadre financier, qui tenait compte des besoins de financement supplémentaire du projet de réacteur expérimental thermonucléaire international (ITER), a été adoptée le 13 décembre 2011.

Au moment de la présentation du projet de budget pour 2011, le plafond total fixé par le cadre financier pluriannuel pour les crédits d'engagement s'élevait à 143 milliards d'euros, soit 1,14 % du RNB de l'UE, tandis que le plafond pour les crédits de paiement était de 134,3 milliards d'euros, soit 1,07 % du RNB.

## Procédure budgétaire

La Commission européenne élabore le projet de budget sur la base du cadre financier pluriannuel en vigueur et des orientations budgétaires pour l'année suivante. L'autorité budgétaire, constituée du Parlement européen et du Conseil, amende généralement le projet de budget et, après de nouvelles négociations, adopte le budget annuel de l'UE avant la fin de l'année civile en cours.

Dans le projet de budget de l'UE pour 2011 présenté le 27 avril 2010, la Commission a proposé un montant de 142,6 milliards d'euros pour les crédits d'engagement et a demandé, pour les crédits de paiement, une augmentation de 5,9 % par rapport au budget de 2010, soit un total de 129,1 milliards d'euros. Le 12 août 2010, le Conseil a fixé les crédits d'engagement à 141,8 milliards d'euros et a réduit les crédits de paiement à 126,5 milliards d'euros. Le 20 octobre 2010, le Parlement a demandé une augmentation de 6 % par rapport au budget de 2010 et a proposé d'arrêter les crédits d'engagement à hauteur de 143,1 milliards d'euros. Le niveau des crédits de paiement a été fixé à 130,6 milliards d'euros. Le comité de conciliation n'est pas parvenu à un accord, et la Commission a dû présenter un nouveau projet de budget pour tenir compte du quasi-compromis qui avait été atteint lors de la conciliation.

Le nouveau projet de budget, présenté par la Commission le 26 novembre 2010, a été accepté par le Conseil le 10 décembre et adopté par le Parlement le 15 décembre. Le budget de l'UE adopté pour 2011 a fixé les crédits d'engagement à 141,9 milliards d'euros et les crédits de paiement au niveau demandé par le Conseil en août 2010, à savoir 126,5 milliards d'euros.

## Gestion du budget

Le cycle du budget de l'UE, qui commence par l'approbation du budget annuel, indique que les montants des crédits d'engagement et des crédits de paiement disponibles pour un exercice financier donné tendent à varier au fil de l'année. Des procédures semblables à la procédure budgétaire s'appliquent à l'adoption de budgets rectificatifs.





Les facteurs énoncés ci-après influencent les montants du budget annuel en cours d'exercice financier.

Les reports sont les montants du budget de l'année précédente qui n'ont pas été utilisés et qui sont reportés à l'exercice financier en cours. La décision de report a été prise par la Commission le 11 février 2011. Les budgets rectificatifs permettent un financement plus précis et plus économique du budget par les États membres. En 2011, sept budgets rectificatifs au total ont été adoptés. Les transferts de crédits d'une ligne budgétaire à l'autre sont également effectués au moyen de transferts pendant l'année.

Par conséquent, le budget final correspond au résultat, au terme de l'exercice financier, de la gestion active du budget incluant toutes les mesures ayant une incidence sur le budget total de la Commission — reports, budgets rectificatifs et transferts — qui ont été proposées et adoptées durant l'exercice financier. Sur le budget final de 2011 s'élevant à 128,3 milliards d'euros, 126,5 milliards d'euros ont été utilisés.

La Commission dispose de comptes auprès des Trésors des États membres, des banques centrales et de banques commerciales. Étant donné que les ressources propres sont de loin la principale source des finances de l'UE, elles sont créditées deux fois par mois sur les comptes ouverts auprès des Trésors des États membres ou des banques centrales. Ces fonds servent à financer les paiements effectués au moyen de comptes ouverts auprès de banques commerciales selon le principe du «juste à temps». En 2011, 0,73 % d'un total de 1 859 782 paiements ont été exécutés par les Trésors et les banques centrales, ce qui représente 68,84 % du montant total des paiements, tandis que 99,27 % des paiements ont été effectués par l'intermédiaire de banques commerciales (soit 31,16 % du montant total des paiements).







## Section II — Recettes

Le budget de l'UE est financé par les ressources propres, d'autres recettes et le solde reporté de l'année précédente. Le total des recettes doit être égal au total des dépenses. Néanmoins, dans la mesure où les résultats des recettes et des dépenses s'écartent généralement des prévisions inscrites au budget, il reste un solde pour l'exercice résultant de l'exécution. En règle générale, il subsiste un excédent qui réduit les paiements des États membres au titre des ressources propres l'année suivante. En 2011, les ressources propres se sont élevées à 120 milliards d'euros et les autres recettes à 5,5 milliards. L'excédent reporté de l'année 2010 s'est élevé à 4,5 milliards d'euros.

Le montant total des ressources propres est déterminé par le total des dépenses dont on déduit les autres recettes. Les ressources propres sont divisées en trois catégories: les ressources propres traditionnelles (RPT), la ressource propre fondée sur la taxe sur la valeur ajoutée (TVA) et la ressource propre fondée sur le RNB, qui joue le rôle de ressource résiduelle.

Les droits de douane (RPT), qui sont prélevés auprès des opérateurs économiques, sont perçus par les États membres pour le compte de l'UE. En 2011, cette ressource a représenté 13 % des recettes totales. Une taxe à la production est payée par les producteurs de sucre (RPT). Les recettes provenant de cette ressource se sont élevées à 0,1 % des recettes totales en 2011.

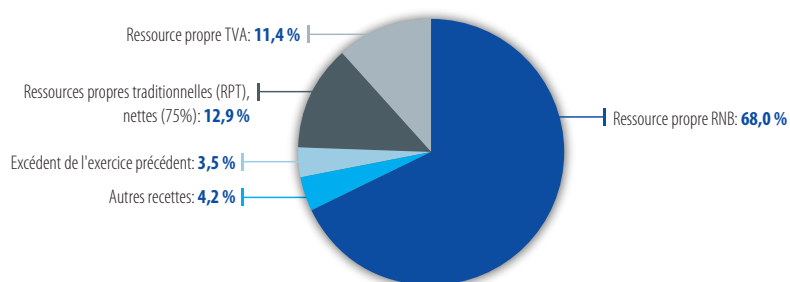
La ressource propre fondée sur la TVA est prélevée sur l'assiette TVA des États membres, celle-ci étant harmonisée à cet effet. Cependant, l'assiette TVA à prendre en compte est écartée à 50 % du RNB de chaque État membre. En 2011, le montant total de la ressource propre TVA prélevé a atteint 11 % des recettes totales.

La ressource propre fondée sur le RNB finance la partie du budget qui n'est pas couverte par les autres recettes. Le même pourcentage est prélevé sur le RNB de chaque État membre, mais deux d'entre eux bénéficient d'une réduction. Le montant nécessaire de la ressource propre RNB dépend de la différence entre les dépenses totales et la somme de toutes les autres recettes. Le montant total de la ressource propre RNB prélevé en 2011 a atteint 68 % des recettes totales.

Le système des ressources propres prévoit également un mécanisme spécifique de correction des déséquilibres budgétaires en faveur du Royaume-Uni (correction britannique). Ce mécanisme a pour but de corriger le déséquilibre entre la contribution du Royaume-Uni dans les paiements et les dépenses du budget de l'UE à son égard. Le montant total de la correction britannique en 2011 s'est élevé à 3,6 milliards d'euros.

Les recettes autres que les ressources propres comprennent les impôts acquittés par le personnel de l'UE et d'autres postes divers. En 2011, ces recettes se sont élevées à 5,5 milliards d'euros.

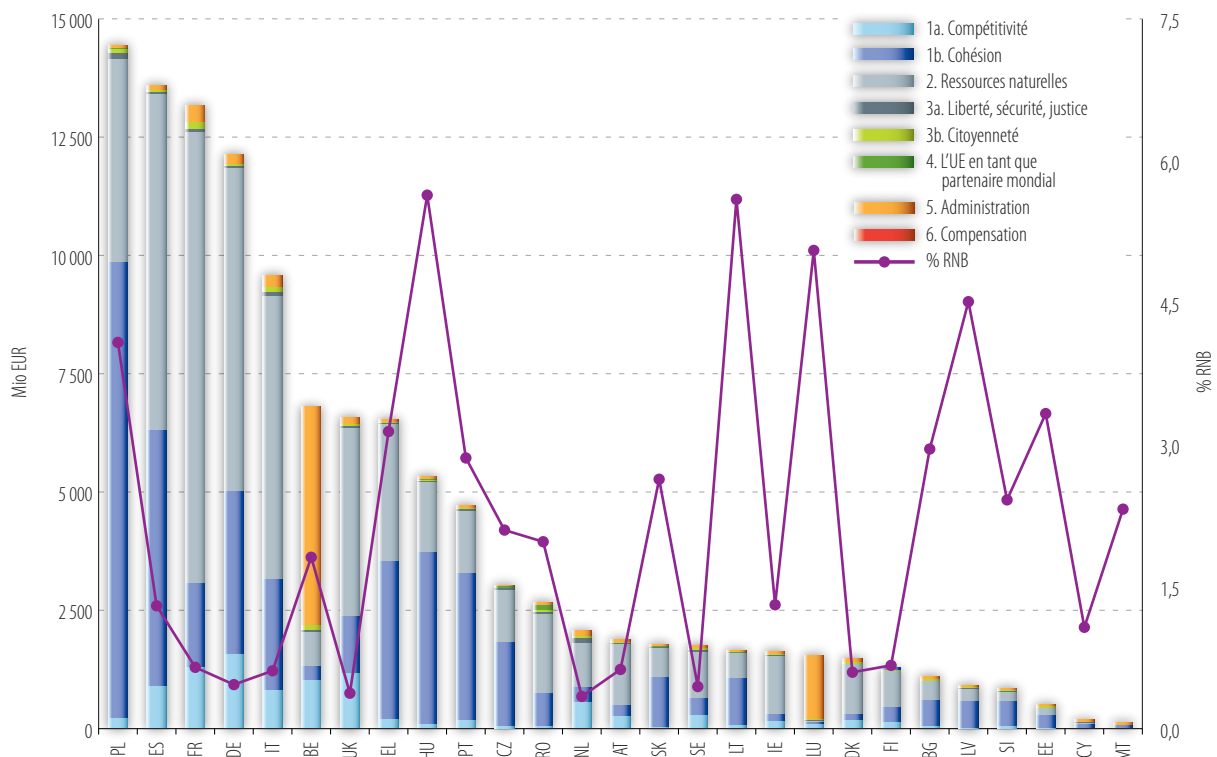
### Recettes de l'UE 2011



## Section III — Dépenses

Comme le CFP, le rapport financier de 2011 ventile les dépenses annuelles du budget de l'UE en rubriques ou sous-rubriques. Les données sont également structurées en fonction de la répartition des dépenses par État membre. Les deux présentations reposent sur les crédits autorisés exécutés en 2011, à quelques exceptions près. Au total, 94 % du budget de l'UE sont affectés au financement de politiques et de projets dans les États membres. Le graphique ci-dessous donne un aperçu de la part du budget affectée à chaque pays et illustre son importance relative par rapport au RNB de chaque État membre, pour une meilleure compréhension des chiffres.

### Dépenses par État membre





En 2011, 117 336,9 millions d'euros (soit 90,7 % des dépenses totales exécutées de l'UE, y compris la participation AELE et les recettes affectées) ont été alloués aux États membres.

## Compétitivité pour la croissance et l'emploi

Les dépenses allouées en 2011 au titre de cette rubrique, d'un montant de 11,5 milliards d'euros, ont été au cœur des efforts visant à faire de l'UE une économie intelligente, durable et inclusive avec des niveaux élevés d'emploi, de productivité et de cohésion sociale. Elles ont favorisé la réalisation des principaux objectifs de la stratégie Europe 2020 visant à accroître la compétitivité des entreprises européennes afin d'affronter les défis actuels, de créer davantage d'emploi et de développer la prospérité.

Le septième programme-cadre de recherche (7e PC) a accordé 6,6 milliards d'euros à des équipes de chercheurs et à des entreprises au niveau européen s'attelant aux défis majeurs de notre société. Quelque 836 millions d'euros affectés au programme de «réseaux transeuropéens» (RTE) ont été utilisés pour rendre le transport de personnes, de marchandises et d'énergie plus sûr, plus efficace et moins polluant. Le programme-cadre pour la compétitivité et l'innovation a octroyé plus de 462 millions d'euros pour renforcer la capacité d'innovation des petites et moyennes entreprises, notamment dans les domaines des services fondés sur les technologies de l'information et de la communication (TIC) et des solutions écologiques.

## Cohésion pour la croissance et l'emploi

Au titre de cette rubrique, en 2011, 42,4 milliards d'euros couvraient les Fonds structurels, à savoir le Fonds européen de développement régional (FEDER), le Fonds social européen (FSE) et le Fonds de cohésion. La politique de cohésion est restée centrée sur le renforcement de la cohésion économique et sociale de l'Union en vue de promouvoir un développement durable et équilibré. Cette politique a été conçue pour réduire les disparités entre les niveaux de développement des différentes régions des États membres. Les ressources disponibles sont concentrées sur la promotion de la convergence économique, et notamment sur la croissance durable, la compétitivité et l'emploi.



Quelque 32,3 milliards d'euros ont été accordés à des investissements destinés à moderniser et à diversifier les structures économiques dans les régions et territoires les moins développés de toute l'Europe. Grâce à cela, l'UE a réalisé des progrès tangibles: elle a achevé un tronçon supplémentaire des 25 000 km de routes et des 7 700 km de voies ferroviaires dont la construction ou la réfection est prévue et a poursuivi la création de nouveaux emplois, l'objectif étant d'en créer plus de 500 000 d'ici à 2013. Afin d'adapter la main-d'œuvre européenne à l'environnement économique en mutation, des formations pour acquérir de nouvelles compétences et la fourniture de conseils dans la recherche d'un emploi ont été financées par le Fonds social européen à hauteur de 9,5 milliards d'euros.

## Conservation et gestion des ressources naturelles

Les politiques de l'UE dans les domaines de l'agriculture, du développement rural, de la pêche et de l'environnement ont été financées au titre de cette rubrique, les dépenses s'élevant à 56 milliards d'euros en 2011. L'utilisation intelligente et durable des terres arables et des forêts est un facteur déterminant pour la santé des économies rurales ainsi que pour le paysage rural.

Quelque 42,5 milliards d'euros ont contribué à stabiliser la situation financière difficile de 7 millions d'exploitants agricoles, qui ont dû se conformer à des normes environnementales rigoureuses afin de préserver la bonne qualité du sol, de l'eau et de l'air en Europe. Un montant supplémentaire de 12,3 milliards d'euros a été investi dans la diversification économique des zones rurales, qui regroupent 50 % de la population de l'UE. Le Fonds européen pour la pêche a dégagé 446 millions d'euros afin d'assurer la compétitivité du secteur européen de la pêche, tout en maintenant des prix raisonnables pour les consommateurs. Environ 203 millions d'euros ont été utilisés pour financer des projets au titre du programme LIFE+ ayant pour objet la gestion des déchets, la pollution de l'air et la perte de la diversité biologique.

## Liberté, sécurité et justice

La protection de la vie, de la liberté et des biens des citoyens sont des objectifs essentiels de l'Union européenne, pour lesquels 829 millions d'euros ont été mis à disposition en 2011. Dans un contexte d'interdépendance de plus en plus forte en matière de sécurité, les responsabilités dans ce domaine incluent la gestion des frontières extérieures de l'Union, l'élaboration d'un espace d'asile commun, la coopération entre les forces de l'ordre et les autorités judiciaires pour prévenir et combattre le terrorisme et la criminalité, le respect des droits fondamentaux et une approche globale des problèmes en matière de stupéfiants.

La gestion efficace des flux migratoires est un défi que partagent tous les États membres de l'Union européenne. C'est pourquoi l'UE a octroyé 406 millions d'euros pour le renforcement des mesures de lutte contre l'immigration illégale et l'élaboration de programmes visant à intégrer les migrants qualifiés. En vue d'accroître la sécurité et le bien-être des citoyens, le programme «Sécurité et protection des libertés» a octroyé 40 millions d'euros pour la lutte contre toutes les formes de criminalité et le terrorisme et pour la mise en place de mécanismes efficaces de gestion des crises à l'échelle de l'UE permettant d'échanger des informations et d'intensifier la coopération en matière de maintien de l'ordre.



## Citoyenneté

La contribution du budget de l'UE en 2011, à concurrence de 899 millions d'euros, a notamment contribué à plusieurs initiatives phares de la stratégie Europe 2020, parmi lesquelles «Jeunesse en mouvement», «Une stratégie pour les nouvelles compétences et les nouveaux emplois», «Une plateforme européenne contre la pauvreté» et «Une Union pour l'innovation». Cette rubrique a couvert des questions intéressant particulièrement les citoyens, telles que la santé, la protection des consommateurs et la protection civile. La tâche essentielle consistant à établir des liens avec les citoyens et à communiquer sur l'Europe a été financée au moyen de programmes culturels et du domaine politique «Communication».

Pour faire de l'Europe un haut lieu de la culture, les programmes MEDIA et Culture ont consacré un montant total d'environ 150 millions d'euros pour soutenir l'industrie cinématographique européenne et promouvoir la coopération transfrontalière entre artistes et Capitales européennes de la culture.

## L'UE en tant que partenaire mondial

Quelque 6,9 milliards d'euros du budget 2011 de l'UE ont été dépensés pour les activités de l'Union au-delà de ses frontières. Ses objectifs essentiels en matière de politique étrangère sont la stabilité, la sécurité et la prospérité de ses voisins. La politique étrangère et de sécurité plus dynamique de l'Union européenne lui a donné les moyens de mener des missions de gestion de crise et de maintien de la paix en Europe et bien au-delà.

L'instrument de financement de la coopération au développement (ICD) a mis à disposition une enveloppe de 2 milliards d'euros afin de répondre aux besoins fondamentaux de la population de 47 pays en développement en Amérique latine, en Asie et en Asie centrale, ainsi que dans la région du Golfe et en Afrique du Sud. Les pays d'Europe de l'Est, du Caucase méridional et du sud de la Méditerranée qui entourent l'UE ont reçu un montant total de 1,4 milliard d'euros au titre de l'instrument européen de voisinage et de partenariat (IEVP), qui a favorisé la bonne gouvernance et un processus de développement économique et social équitable. L'instrument d'aide de préadhésion (IAP) a octroyé un montant de 1,3 milliard d'euros aux pays candidats (ancienne République yougoslave de Macédoine, Croatie et Turquie) et aux pays candidats potentiels afin de soutenir les efforts qu'ils déploient pour se rapprocher des normes et politiques européennes.

## Administration

Quelque 7,9 milliards d'euros (soit 6 % du budget de l'UE) ont été dépensés en 2011 afin d'assurer le bon fonctionnement de toutes les institutions de l'UE au service d'environ 500 millions de citoyens. Cela a couvert, par exemple, les rémunérations et les pensions du personnel, les immeubles et les infrastructures, les technologies de l'information et la sécurité.

La Commission a poursuivi son engagement d'optimiser ses outils et ses procédures. Elle a continué de répondre à tous les besoins en personnel à partir de ressources constantes tout en maintenant sa politique de «croissance zéro en matière de postes». Dans ce contexte, la réaffectation des effectifs s'est avérée plus que jamais nécessaire pour pouvoir réaliser les priorités et les ambitions de l'UE.



## Section IV — Annexes

Annexe 1 — Cadres financiers 2000-2006 et 2007-2013

Annexe 2 — Dépenses et recettes 2000-2013 par rubrique, type de source et État membre

Annexe 3 — Soldes budgétaires opérationnels

Annexe 4 — Recouvrements et corrections financières

Annexe 5 — Activités d'emprunt et de prêt

Annexe 6 — Glossaire

European Commission

**EU-Haushalt 2011 — Finanzbericht — Zusammenfassung und elektronische Version**  
**EU budget 2011 — Financial Report — Executive summary and electronic version**  
**Budget de l'UE 2011 — Rapport financier — Résumé et version électronique**

Luxembourg: Publications Office of the European Union

2012 — 51 pp. — 21 x 29.7 cm

ISBN 978-92-79-25440-6

doi:10.2761/18376

**For more information on the EU budget  
and financial programming:**

[http://ec.europa.eu/budget/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/budget/index_en.cfm)  
(available in English, French and German)

European Commission Directorate-General for the Budget:  
[http://ec.europa.eu/dgs/budget/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/budget/index_en.htm)

Janusz Lewandowski, Commissioner for Financial Programming  
and Budget:  
[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/lewandowski/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/lewandowski/index_en.htm)

For feedback on this publication:  
[budget@ec.europa.eu](mailto:budget@ec.europa.eu)

